



Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

# Newsletter für Arbeitnehmer

Im Neckar-Odenwald-Kreis

Ausgabe Nr. 11 Dezember 2013



„Ich habe nichts dagegen, mit der Linkspartei zu koalieren, wenn das so gut funktioniert wie in Berlin, ich hab auch nichts dagegen, dass man 2013 über Koalitionen mit denen im Bund nachdenkt“, sagte Gabriel in der ARD – schon vergessen??

## In diesem Heft

- 1 Große Koalition? Nein Danke!
- 2 Was macht die AfA?
- 2 Wofür wir immer noch stehen
- 3 Unsere Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit.
- 4 Das Rentenkonzept gehört gründlich überarbeitet!

Neu: [www.afa-nok.de](http://www.afa-nok.de)



Am 23. November steht der AfA-Landesvorstand zur Wiederwahl auf der Landesdelegiertenkonferenz in Pforzheim. Wir sind mit drei Vertretern dabei.

## Der aktuelle AfA-Landesvorstand

**Vorsitzender:** Udo Lutz,  
**Stellvertreter:** Marion von Wartenberg, Lillo Chianta  
**Besitzer:** Hartmut Laser, Regina Schmidt-Kühner,  
Dr. Karin Distler, Michael Seis, Cordula Becker,  
Adnan Sabah, Gisela Haupt, Helmut Roth, Michael  
Weiß, Wendelin Schmidt, Silvia Wölfle, Georg Patzek

## Große Koalition? Nein, Danke!

Es gibt sehr viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die Bauchschmerzen mit der großen Koalition haben. Vor allem sind wir von der AFA im Neckar Odenwald davon überzeugt, dass die SPD ihr Wahlprogramm nicht in einer großen Koalition umsetzen kann. In einer „rot-rot-grünen“ Regierung wäre das aber denkbar gewesen. Viele Sozialdemokraten verstehen deshalb nicht warum es keine Koalitionsverhandlungen auf diesem Gebiet gibt. Die AFA in Baden Württemberg hat ein Punktepapier verabschiedet, das die unverzichtbaren Positionen des Arbeitnehmerflügels wieder spiegeln.

### Position der AFA Baden-Württemberg:

Mit der Bundestagswahl am 22. September 2013 zeigte es sich, wie schwer es ist Vertrauen wiederzugewinnen. Die SPD steht für Arbeitnehmerinteressen. Soziale Gerechtigkeit und Gute Arbeit sind für uns keine Lippenbekenntnisse.

Die SPD in Baden-Württemberg hat dies unter anderem mit dem Tariftreuegesetz und den Bundesratsinitiativen zu Mindestlohn und Werkverträgen unter Beweis gestellt.

Deshalb ist für die AfA Ba-Wü eine gerechte Steuerpolitik und eine Steuerhöhe, die ein Gestalten - insbesondere bei der Bildung - ermöglichen, ohne die nachfolgenden Generationen mit weiteren Schulden zu belasten, unverrückbar.

Die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt mit guter sozialer Absicherung als Grundvoraussetzung für ein gutes Leben muss wieder hergestellt werden. Weiterhin fordern wir einen klaren Politikwechsel zu Gunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Deshalb will die AfA Ba-Wü folgende Punkte in einem möglichen Koalitionsvertrag wiederfinden:

- Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro.
- Entgeltgleichheit für Frauen und Männer.
- Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.
- Klare, handhabbare und restriktivere Regelungen zur Gestaltung von Leih- und Werkverträgen. Den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen gesetzlich wirksam verhindern.
- Ausweitung der Tarifbindung und eines Tariftreuegesetzes auf Bundesebene.
- Allgemeinverbindlichkeitsklärungen erleichtern und das Arbeitnehmerentsendegesetz auf alle Branchen ausweiten.
- Ausbau der Unternehmens- und der betrieblichen Mitbestimmung insbesondere bei wirtschaftlichen Angelegenheiten.
- Abschlagsfreier Altersrentenbezug ab dem 63. Lebensjahr nach 45 Versicherungsjahren. Abschlagsfreie und flexible Übergänge in die Rente insbesondere für langjährige Versicherte schaffen.
- Aussetzen der Erhöhung des Renteneintrittsalters bis mindestens 50 % der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.
- Zugang zur Erwerbsunfähigkeitsrente ohne Rentenabschläge.
- Den Rentenversicherungsbeitrag im Herbst dieses Jahres nicht erneut absenken, sondern eine Demographiereserve aufbauen.
- Einführung der Bürgerversicherung mit guter medizinischer Versorgung und gerechten Löhnen in den Pflegeberufen.

Außer Frage steht für die AfA Ba-Wü das Ausloten von Koalitionsmöglichkeiten mit allen Parteien. Eine Große Koalition ist neben der großen inhaltlichen Differenz auch aus parlamentarischen Gründen (z.B. bei Einsetzung von Untersuchungsausschüssen) sehr bedenklich.

Die Einbeziehung der Mitglieder durch den Parteikonvent und einer Mitgliederbefragung vor jeder Form von Koalitionen ist der richtige Schritt. Dazu gehört auch eine gute Einbindung der Mitglieder und Interessierten in den Diskussionsprozess auf Ortsvereins- und Kreisebene.



**Große Koalition?  
Nein Danke!**

*Hartmut Laser, Der AfA  
Vorsitzende im NOK, Mitglied im  
AfA-Landesvorstand.*



Die **AfA** fordert schon lange den gesetzlichen Mindestlohn. **Der Mindestlohn verhindert Lohnarmut!**

Wir fordern **ein Verbot** von befristeten Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund!

**Leiharbeit** muss **verteuert** und zeitlich begrenzt werden!

**Werkverträge** als neues Lohndumpinginstrument müsste verboten werden.

**Die Zumutbarkeit** im SGB II muss geändert werden!

## Wofür steht die AfA eigentlich?

Alle Arbeitnehmer sollen von ihrer Arbeit in Würde leben können. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss endlich Wirklichkeit werden, das gilt sowohl für Frauen und Männer im gleichen Job am gleichen Ort. Für uns steht der Themenbereich „Arbeit“ im Mittelpunkt. Arbeit schafft unseren Wohlstand, prägt unseren Alltag und unser gesellschaftliches Zusammenleben, die sozialen Sicherungssysteme und die Umwelt. Sie entscheidet auch über unser Einkommen und unsere Chancen in der Zukunft – und die unserer Kinder. Es kann nicht hingenommen werden, dass Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung aufstocken müssen und der Staat mit Steuergeldern Unternehmen subventioniert die Lohndumping betreiben!

**Die AfA ist die größte und mitgliederstärkste Arbeitsgemeinschaft in der SPD.** Bei uns engagieren sich politisch interessierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte, Jugend- und Auszubildende Vertreter. Unser gemeinsames Ziel: In und mit der SPD für die Schaffung existenzsichernder und sozial abgesicherter Arbeitsplätze einzutreten. **Sie können bei uns mitmachen!**

## Wofür wir immer noch stehen

Die SPD packt die Probleme an. In keiner anderen Partei engagieren sich dafür so viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie wissen: Bei der Sozialdemokratie werden ihre Interessen ernst genommen, hier werden die Themen in den Mittelpunkt gerückt, die für sie wichtig sind. Die AfA solidarisiert sich mit den Protesten der Europäischen Gewerkschaften gegen die Kürzungspolitik und den Abbau von Arbeitnehmerrechten in Europa.

Die Hauptziele der AfA sind Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Im Einzelnen: Abbau der Massenarbeitslosigkeit, Schaffung neuer, innovativer, sozial abgesicherter und ökologisch verträglicher Arbeits- und Ausbildungsplätze, Beibehaltung des Kündigungsschutzes, solidarisch finanzierte Sozialsysteme, Sicherung der beruflichen Erstausbildung, Sicherung der Tarifautonomie, Einführung von Mindestlöhnen, Verhinderung von Lohndumping, Stopp der illegalen Beschäftigung, zügige Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost und West und ein Europa für Arbeitnehmer.

Besonders intensiv befassen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit diesen Themen in der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der AfA.

- informieren über aktuelle Ereignisse in Betrieb, Politik und Wirtschaft,
- unterstützen Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte bei ihrer Arbeit,
- informieren auf Veranstaltungen und bei Seminaren über aktuelle Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft, über gesetzliche Grundlagen der sozialen Sicherung, der Bestimmung in Betrieben und Verwaltungen,
- bringen die Forderungen der Beschäftigten und ihrer Familien innerhalb der SPD und in den Parlamenten auf den Punkt,
- vertreten ihre Meinung in der Öffentlichkeit.

Die AfA bringt ihre politischen Forderungen auf allen Ebenen in die SPD ein. So beeinflusst sie sozialdemokratische Politik in Bund, Ländern und Kommunen. Dabei baut sie auf die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf ihr Wissen und ihr Engagement.

## Unsere Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit haben sich nicht geändert!

Wir, der Vorstand der AfA im Neckar-Odenwald-Kreis fordern vom strategischen Zentrum unserer Sozialdemokraten, dass die meisten von uns hier aufgeführten wichtigen Punkte in ein SPD Strategieprogramm aufgenommen werden. **Dabei halten wir Peer Steinbrück immer noch für den geeigneten Kanzler.** Bedeutend ist für uns, dass **alle** diese Schwerpunkte überhaupt von der SPD aufgenommen werden. Die Änderung der Zumutbarkeitsregeln und der Missbrauch von Betriebsübergängen finden wir zum Beispiel in keinem Konzept.

### Punkt 1:

#### § 10 Zumutbarkeit gemäß Sozial-Gesetz-Buch II

Auszug: „Einer erwerbsfähigen, leistungsberechtigten Person ist jede Arbeit zumutbar, es sei denn, dass sie zu der bestimmten Arbeit körperlich, geistig oder seelisch nicht in der Lage ist“, heißt es im Gesetzestext.

Eine für uns unzumutbare Regelung, weil gerade Facharbeiter die unverschuldet in die Arbeitslosigkeit geraten, erheblich Nachteile durch den § 10 SGB II haben. Besonders wenn sie älter sind und auf dem Arbeitsmarkt schwer zu vermitteln sind. Existenzängste und eine massive Benachteiligung sind die Folge dieser Regelung, deshalb muss diese Zumutbarkeitsregel **dringend** geändert werden. Nicht die Aussage: „sozial ist was Arbeit schafft egal wie die Arbeit aussehen mag“ ist der richtige Weg, sondern: „**sozial ist nur was gute Arbeit schafft!**“

„Arbeit ist eine Quelle von Selbstachtung und von Selbstrespekt. **Die SPD darf nie wieder die Würde und den Wert der Arbeit beschädigen!** Die Arbeit ist die Quelle unseres Wohlstandes und das muss auch so bleiben“, sagt Ottmar Schreiner.

### Punkt 2:

**Ein gesetzlicher Mindestlohn** von mindestens 10,- Euro, der jährlich an die allgemeine Lohnentwicklung und das Wirtschaftswachstum anzupassen ist, ist überfällig. Arbeit ist die Quelle gesellschaftlichen Reichtums. Bei der Diskussion um den Mindestlohn geht es zuallererst um die Würde der Menschen und ihrer Arbeit. (Beschluss der AfA-Bundeskonferenz 2012)

Weil 23 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnssektor arbeiten. Mehr als sechs Millionen Menschen arbeiten für weniger als 8,50 Euro brutto pro Stunde. Rund 11 Milliarden Euro werden pro Jahr aufgewendet weil Menschen trotz Arbeit arm sind und ergänzende Unterstützungsleistungen brauchen. **Der gesetzliche Mindestlohn ist notwendig um Lohn- und Altersarmut zu verhindern!**

### Punkt 3:

**Leiharbeit muss teurer werden** und zwar so teuer, dass sie keine Vollzeit Arbeitsplätze mehr ersetzen kann. Eine Leiharbeitsabgabe sollte eingeführt werden, die zweckgebunden für die Weiterbildung eingesetzt werden soll. Betriebe die Leiharbeitnehmer beschäftigen müssten pro Arbeitsstunde eine Abgabe in einen Topf abführen, der für Weiterbildung von Arbeitnehmern genutzt wird.

Die Betriebsräte in den Einsatzbetrieben brauchen endlich echte Mitbestimmungsrechte (gemäß § 99 BetrVG) hinsichtlich der Einstellung des Einsatzes, die Dauer und den Umfang von Leiharbeitern im Betrieb.

### Punkt 4:

**Befristete Arbeitsverhältnisse** ohne Sachgrund müssen endlich wieder abgeschafft werden. Solche prekären Beschäftigungsverhältnisse unterlaufen das Kündigungsschutzgesetz und dienen nur der Verunsicherung der Mitarbeiter. Ein befristetes Arbeitsverhältnis ist unmenschlich! (Beschluss der AfA-Bundeskonferenz 2012)



### Punkt 5:

**Betriebsübergänge** sind gemäß BGB § 613a eigentlich gesetzlich geregelt. Hier müssen lediglich die Schlupflöcher beseitigt werden die den Missbrauch eines guten Gesetzes durch skrupellose Arbeitgeber verhindern.

Noch immer gibt es Unternehmen, die eine neue Gesellschaft gründen und die mit einem niedrigen Tarifvertrag abschließen. Anschließend werden Betriebsteile oder ganze Abteilungen gemäß Betriebsübergang in diese neue Gesellschaft transferiert. Die Mitarbeiter verlieren den Schutz ihres Besitzstandes weil eben dieser neue, schlechtere Tarifvertrag der neuen Gesellschaft dann gilt. Es wird lediglich das Schild an der Tür ausgewechselt. Der Mitarbeiter arbeitet am gleichen Arbeitsplatz zu wesentlich schlechteren Konditionen. Hier muss ein Wahlrecht für die betroffenen Arbeitnehmer eingeführt werden, nach dem Günstigkeitsprinzip.

### Punkt 6:

**Prekäre Beschäftigung** muss eingedämmt werden um Alters- und Lohnarmut zu verhindern. Es kann nicht angehen das 1,3 Millionen Arbeitnehmer sich vom Staat Zuschüsse zum Lebensunterhalt holen müssen obwohl sie Vollzeit arbeiten.

### Punkt 7:

**Das Rentenkonzept muss gründlich zukunftssicher überarbeitet werden!** Das Rentenniveau muss auf dem heutigen Stand von mindestens 51 Prozent erhalten bleiben.

**Die Rentenniveaufrage ist die Schlüsselfrage in der Rentendebatte!**



## Das Rentenkonzept gehört gründlich überarbeitet

Anhaltende Arbeitslosigkeit und die Ausweitung prekärer Arbeit führen bei immer mehr Erwerbstätigen zu wachsenden Lücken in ihrer Erwerbsbiografie und damit fehlenden Beitragszeiten in der Rentenversicherung. Hinzu kommen niedrigere Beiträge aufgrund niedriger Löhne. Allein diese Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, die in den vergangenen Jahren politisch forciert wurden, erhöhen bereits das Risiko zukünftiger Altersarmut.

Die vergangenen Rentenreformen ändern nichts daran, sie lassen obendrein das Niveau der gesetzlichen Rente langfristig dramatisch sinken. Die Versicherten sollen diese Kürzungen durch mehr private Vorsorge („Riestern“) ausgleichen. Doch wer erwerbslos ist oder wenig verdient, hat dazu keine wirkliche Chance. So erhöht sich das Risiko von Altersarmut.

Die Privatisierung der **ALTERSSICHERUNG** nützt vor allem Versicherungskonzernen und Unternehmen. Für die Versicherten steigt die Belastung für die Altersvorsorge. Denn sie müssen die sinkenden gesetzlichen Renten durch private Vorsorge kompensieren, an deren Finanzierung die Arbeitgeber nicht beteiligt sind. Und dabei sind die Erträge aus der privaten Altersvorsorge noch nicht einmal sicher, wie die Finanzkrise gezeigt hat. Die Absenkung des Rentenniveaus führt dazu, dass in Zukunft selbst langjährige Beitragszahlende, die einigermaßen verdienen, nur schwer über das Grundsicherungsniveau kommen werden.

Statt jedoch endlich entschieden gegen Niedriglöhne vorzugehen und das Rentenniveau wieder anzuheben, will die CDU mit einer zynisch „Lebensleistungsrente“ genannten Aufstockung für Mini-Renten Placebos verteilen, die wegen der viel zu hohen Hürden kaum jemandem nützen werden.

- Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden und den Lebensstandard im Alter sichern. Dazu müssen sämtliche Kürzungen aus der Rentenanpassungsformel gestrichen werden und ein Sicherungsniveau von mindestens 51 Prozent gesetzlich fest geschrieben werden. Die Arbeitgeber müssen wieder paritätisch an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden.
- Außerdem ist es nötig, prekäre Beschäftigung, Dumpinglöhne und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Denn aus **GUTER ARBEIT** und guten Löhnen ergibt sich auch eine gute Rente.
- Die Anhebung des **RENTENEINTRITTSALTERS AUF 67 JAHRE** lehnen wir weiterhin ab. Sie ist nichts außer einer weiteren Kürzung der Renten. Stattdessen befürworten wir flexible Übergänge in die Rente für Langzeitversicherte und ab dem 63. Lebensjahr sollen Arbeitnehmer bei 45 Jahren Versicherungsjahren ohne Abschläge in die Rente gehen können.
- Wir wollen die Solidarität in der Rentenversicherung stärken: Zeiten niedriger Löhne, der Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden.
- Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung einzahlen – auch die von Selbständigen, die Millionäre, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern. Die Beitragsbemessungsgrenze ist aufzuheben, die Rentenhöhe ist zu begrenzen.
- Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will die AfA eine steuerfinanzierte, Einkommens- und vermögensgeprüfte solidarische Mindestrente von 850,- Euro netto einführen.



### Neu-Rentner bekommen immer weniger Geld

Beim Wechsel in den Ruhestand müssen Rentner zunehmend mit sinkenden Altersbezügen rechnen. Sie haben im Durchschnitt weniger Versicherungsjahre als früher und sammeln durch relativ geringe Einkommen auch weniger Rentenpunkte. Das wirkt sich direkt auf die Rentenzahlung aus. Über die Veränderungen berichtete die Zeitung unter Berufung auf eine Statistik der Deutschen Rentenversicherung.

Weniger Versicherungsjahre und unterdurchschnittliche Löhne machen sich zunehmend bei der Rente bemerkbar  
(Quellen: bv, t-online.de) (Thinkstock by Getty-Images)